Morgen- № 579. Ausgabe. den 11. Dezember 1910.

Berlin, Sonntag.
Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.
Bezugs-Preis:
Vierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn,
für ganz Deutschland 9 Mk.
Oesterreich 13 Kr. 82 Hell., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Cts.
Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.
Bestellungen werden angenommen.
Für England in London bei Aug. Siegle 30 Lime Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verlosungs-Anzeiger.
Hotels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Ziehungslisten der Preußischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungstabellen mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:
Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Reklameteil 1 Mk.

Telegramm-Adresse: Börsenkrone.
Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Vom Tage.

Bis gestern abend 5 Uhr waren in England gewählt: 178 Liberale, 225 Unionisten, 32 Mitglieder der Arbeiterpartei, 56 Anhänger Redmonds und 6 Anhänger O'Briens.

In Sofia werden die Gerüchte von einem gegen die Türkei gerichteten, zwischen Griechenland und Bulgarien abgeschlossenen Vertrage offiziös als vollständig erfunden bezeichnet.

Von zuständiger Seite wird die Nachricht von der Proklamierung der Republik im Fürstentum Monako für falsch erklärt.

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, haben auf der Mehrzahl der Kriegsschiffe die Mannschaften neuerlich gemeutert.

Der Reichskanzler über die innere und auswärtige Politik.

Eine große Rede des Reichskanzlers zur inneren Politik, der hernach eine zweite Rede über einige aktuellen Fragen der auswärtigen Politik folgte, gab dem zweiten Tag der Etatdebatte das Gepräge. Man hatte angenommen, daß der von der Hofjagd in Springe zurückgekehrte Kanzler auf die Stichworte warten würde, die ihm der an erster Stelle der Parteiredner stehende Abg. Bassermann geben würde. Daß Herr v. Bethmann Hollweg statt dessen sofort nach Eröffnung der Sitzung das Wort ergriff, verstärkt nur den Eindruck der Bedeutung seiner Erklärungen. In der äußeren Anlage unterschied sich diese Kanzlerrede nicht gar sehr von manchen ihrer Vorgängerinnen. Lehrhafte Mahnungen und Vorwürfe als gleichmäßig verteilte Gabe der Reihe nach an die Linke und die Rechte, im Mittelpunkt die Betonung der sozialdemokratischen Gefahr und als Ausklang dann die Aufforderung zur Sammlung der bürgerlichen Parteien. Aber diesmal war es dem Kanzler doch in erster Linie darum zu tun, Herrn v. Heydebrand eine freilich verspätete Antwort zu erteilen, und so war dieser Teil der Rede, in dem sich Herr v. Bethmann an die Konservativen wandte, weitaus der interessanteste.

Vor 14 Tagen hatte Herr v. Heydebrand unmittelbar an dem Stuhle des Kanzlers gestanden, die Hände in den Hosentaschen, in der Scheitelhöhe kaum an die Stirn des sitzenden Herrn v. Bethmann heranreichend: wie einen ungelehrigen Schüler kanzelte er ihn ab, und die rechte Hand aus der Tasche nehmend, begleitete er die Orders und Direktiven, die er dem Kanzler erteilte, mit nachdrücklichen und drohenden Bewegungen. Damals schwieg Herr v. Bethmann — nach 1½ Wochen kam eine Verwahrung im Organ der Regierung; erst gestern fand die Szene von damals ihre Fortsetzung. Herr v. Heydebrand saß unten dicht vor der Brüstung der Estrade des Bundesrats, und als Herr v. Bethmann seinen Körper hinüberneigte und Herrn v. Heydebrand apostrophierte, genau so, wie dieser es vor 14 Tagen ihm gegenüber getan hatte, da mochte es manchem der Herren, in deren Mitte der kleine Feldherr der Konservativen auf seinem Platze fast verschwand, nicht ganz behaglich zu Sinne sein. Als er es sich verbat, daß der Regierung und ihm eine Vorhaltung über ihre Pflichten gemacht würden, und mit womöglich noch erhobenerer Stimme erklärte, er nehme nicht Direktiven von einer Partei entgegen, da kam aus den Reihen der Nationalliberalen und dann verstärkt von allen Bänken der Linken ein anfangs etwas unglaubig klingender, dann aber immer stürmischerer Beifall.

Im ersten Teile der Rede hatte der Reichskanzler zur innigen Freude der Rechten die Kritiker der Finanzreform und Gegner des schwarzblauen Blocks allesamt etwas ironisch behandelt; vielleicht sollte diese sarkastische Schärfe von vornherein die Pille etwas versüßen; jedenfalls wirkte die Auseinandersetzung mit Herrn v. Heydebrand dann um so überraschender. Herr v. Bethmann begnügte sich nicht mit dieser Verwahrung. Er beschränkte sich auch nicht darauf, die Forderung von Ausnahmegesetzen abzulehnen, er richtete an die bürgerlichen Parteien vielmehr die Aufforderung, die Regierung da zu unterstützen, wo sie auf dem geordneten Wege der Gesetzgebung revolutionärer Aufwiegelung und einem die persönliche Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht unterdrückenden Terrorismus entgegenzutreten versuche. Er verwies auf die Strafprozeßnovelle mit ihrem auf die Beschleunigung gerichtlicher Aburteilung gerichteten Bestimmungen, auf die Versicherungsordnung mit der von der Mehrheit der Kommission abgelehnten Tendenz einer Beschränkung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Krankenkassen, und für die gesetzgeberische Tätigkeit der nächsten Jahre kündigte er eine Revision des Strafgesetzbuches auch in der Richtung an, daß eine Verschärfung der Strafvorschriften die Möglichkeit gibt, gesetzwidrigen und gewaltsamen Angriffen auf die Staatsordnung mit größerem Erfolge entgegenzutreten als bisher, aber alles im Rahmen der geregelten Gesetzgebung und schon seit Jahren erwogen. Die Unterbrechungen aus der sozialdemokratischen Ecke des Saales veranlaßten Herrn von Bethmann vielleicht, sich etwas eingehender mit den Vorgängen im Moabiter Prozesse zu beschäftigen und aus der Zurückhaltung herauszugehen, die man einem schwebenden Gerichtsverfahren gegenüber zu üben pflegt. Er tat es, indem er mit Nachdruck für die Polizeibeamten eintrat, die bei den Unruhen in Moabit ihre Pflicht getreu erfüllt hätten. Dann leitete Herr v. Bethmann Hollweg über zu dem Appell an die bürgerlichen Parteien, sich auf dem Boden der bisherigen Wirtschaftspolitik von neuem zusammenzufinden zu gemeinsamer Arbeit.

Der Abg. Bassermann betrat die Tribüne und stimmte den allgemeinen Richtlinien der vom Reichskanzler vorgezeichneten Politik im Namen seiner Parteifreunde zu. Aber er vergaß es nicht, die notwendigen Ergänzungen zu fordern, wozu ihm die einzelnen Verwaltungsgebiete des Reiches ein weites Feld boten. Nur in der Stellung zur Politik des Zollschutzes trennte sich der Sprecher der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Wiemer, hernach von dem Führer der Nationalliberalen und in der Schärfe des Angriffs gegen die Parteien des schwarzblauen Blocks, denn Bassermann vermied Provokationen.

Zwischen den Reden dieser beiden Parteiführer gab der Kanzler seine Erklärungen zur auswärtigen Politik. Am Montag ist von Herrn Kiderlen-Wächter ein umfassendes Exposé zu erwarten. Herr v. Bethmann hielt es für nützlich, schon gestern einige Worte zu sagen über den Dreibund, das Verhältnis zu England und Rußland sowie die zurzeit im Vordergrund des Interesses stehende türkische Frage; eine jede seiner Erklärungen hierüber fand ungeteilten Beifall im Hause und wird draußen ebenso freudigem Widerhall begegnen.

Telegramme.

Saupark bei Springe, 10. Dezember. (C. T. C.) Der Kaiser ist mit seinen Gästen im Sonderzuge um 4½ Uhr über Hannover nach Station Wildpark abgereist. Der heutige Jagdtag war vom besten Wetter begünstigt.

Köln, 10. Dezember. (Priv.-Tel. d. B. B.-Z.) Die „Köln. Ztg." schreibt zur Aufnahme des Professors Spahn in die Zentrumsfraktion: Martin Spahn hat, wie aus der Erklärung der Zentrumsfraktion hervorgeht, bevor er nach langem Kampf die Aufnahme durchsetzte, seine früheren Beziehungen zu dem Grafen Hoensbroech bedauern und „befriedigende Erklärungen über seine beanstandeten literarischen Kundgebungen" abgeben müssen, über deren Inhalt nichts weiter verlautet. Wenn diese Erklärungen auch die Zentrumsfraktion befriedigt haben, eine höhere Instanz wird sich davon schwerlich befriedigt fühlen. Wir glauben zu wissen, daß die Broschüre des Grafen Oppersdorff gegen Martin Spahn in Rom das Interesse, das man dort seit dem Jahr seiner Berufung an die Straßburger Universität seiner Person gewidmet hat und das sich in heftigen Angriffen der „Voce della Verita" und der „Correspondance de Rome" äußerte, noch gesteigert hat. Der Erfolg, den er jetzt mit seiner Aufnahme in die Zentrumsfraktion erzielt hat, ist geeignet, das dort glimmende Mißtrauen gegen die starke katholische Partei in Deutschland zur Flamme anzufachen und Folgen heraufzubeschwören, die durch die Ablehnung der Person Martin Spahns als eines Mitgliedes dieser Partei hätten vermieden werden können. Sicher ist, dieser Spahn im Fleische des Zentrums wird ein Balken im Auge der römischen Kurie werden.

Köln, 10. Dezember. (Priv.-Tel. d. B. B.-Z.) Zum Falle Dammann schreibt Rechtsanwalt Dammann der „Köln. Volks-Ztg.": Bei Erwähnung meiner Duell-Angelegenheit im Reichstag hat Kriegsminister v. Heeringen erklärt, ich sei für schuldig befunden, „weil ich gegenüber einem Kameraden, mit dem ich in nicht einwandfreier geschäftlicher Beziehung gestanden hätte und von dem ich brieflich schwer beleidigt worden sei, meine verletzte Ehre nicht hinreichend gewahrt habe". Auf den Zuruf: „Was hätte er denn tun sollen?" hat der Minister entgegnet: Abgesehen von einer Forderung hätte ich den Ehrengrat anrufen oder gerichtliche Klage anstrengen können. Ich hätte aber nichts von alledem getan. Darin liegt der mir gemachte Vorwurf nicht genügender Wahrung meiner Ehre begründet. Demgegenüber stelle ich fest: 1. gleich am Tage und in der Stunde, als ich den beleidigenden Brief erhielt, habe ich unter Einsendung des Originals dem Ehrenrate Meldung gemacht. 2. Gleichzeitig habe ich die gerichtliche Klage eingeleitet und auch davon dem Ehrenrate Meldung gemacht. Der Ehrenrat hat mich aber unter Hinweis auf Nr. 1 der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 15. Juni 1897 gezwungen, die gerichtliche Klage zurückzunehmen. Diese Bestimmung lautet: „Kommen zwischen Offizieren Beleidigungen vor, so sind die Beteiligten verpflichtet, unter Unterlassung aller weiteren Schritte ihrem Ehrenrate sofort Anzeige zu machen." Alles das geht aus den ehrengerichtlichen Akten hervor, die dem Kriegsminister noch nicht vorliegen. Der Herr Oberlandesgerichtspräsident hat übrigens nicht nur Ermittelungen dahin angestellt, ob ich tatsächlich in einem nicht einwandfreien geschäftlichen Verkehr zu meinem Beleidiger gestanden habe, sondern auch, ob ich das zur Wahrung meiner Ehre Notwendige sofort getan habe. Nach beiden Richtungen haben seine Ermittelungen ergeben, daß mir nichts vorzuwerfen sei.

Wetzlar, 10. Dezember. (C. T. C.) Der hiesige Dom, der in achtjähriger Arbeit mit einem Kostenaufwande von rund 1½ Millionen Mark ausgebaut worden ist, ist heute in Gegenwart des Oberpräsidenten, Staatsministers Frhrn. v. Rheinbaben, des Regierungspräsidenten Prinzen von Ratibor und Corvey und des Landeshauptmanns v. Renvers eingeweiht worden.

Wien, 10. Dezember. (C. T. C.) Abgeordnetenhaus. Im Laufe der Debatte über die Verlängerung des Bankprivilegiums sprachen nach dem Finanzminister die Abgeordneten Kolischer und Choc, worauf der Schluß der Debatte beantragt wurde. Gleichzeitig beantragte der tschechisch-radikale Abgeordnete Kalina Schluß der Sitzung und Auszählung des Hauses. Präsident Dr. Pattai brachte zuerst den Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung. (Anhaltender Lärm der Tschechisch-Radikalen.) Der Antrag des Abgeordneten Kalina auf Schluß der Sitzung wurde abgelehnt. Unter fortdauerndem Lärm der Tschechisch-Radikalen wurden die Abgeordneten Wohlmeyer und Sramek zu Generalrednern gewählt. Unter Pfeifen und Pultdeckelschlagen der Tschechisch-Radikalen hielt Wohlmeyer eine kurze Rede. Sodann protestierte Abge-